

NICARAGUA

Erste Vereinbarungen bei neuer Dialogrunde

Bei dem am 27.2. begonnenen Dialog zwischen Regierung und Opposition wurde als erstes Ergebnis ein Fahrplan für die weiteren Verhandlungen vereinbart. Wie Monsignore Waldemar Stanislaw Sommertag, der apostolische Nuntius, nach den Gesprächen berichtete, hat sich die Versammlung bisher auf neun Punkte geeinigt, die diskutiert werden sollen. Drei noch offene Fragen sollen dabei geklärt werden. Da die Dialogrunden nicht öffentlich stattfinden, gibt es außer dem veröffentlichten Kommuniqué keine direkten Informationen zu den Vereinbarungen.

Die Gespräche wurden auf dem Campus des Zentralamerikanischen Instituts für Unternehmensführung (INCAE) in Managua durchgeführt. Mit der Wahl dieses Ortes kam die Regierung von Präsident Daniel Ortega den Oppositionsvertretern entgegen. Als Vertreter der Regierung nahmen neben Außenminister Denis Moncada,

dem sandinistischen Fraktionsführer Edwin Castro und weiteren Abgeordneten auch Francisco Rosales vom Obersten Gerichtshof und Luis Andino als Führer der Vereinigung der nicaraguanischen StudentInnen teil.

Als wichtigstes Mitglied der Delegation der Opposition gilt Juan Sebastián Chamorro, der das den Unternehmern des Landes nahestehende Wirtschaftsforschungsinstitut FUNIDES leitet. Dieses erhält umfangreiche Finanzierung durch die Entwicklungsbehörde der US-Regierung USAID, aber auch Gelder von der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Die Regierung hatte als Zeichen ihrer Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen zu deren Auftakt eine Liste von 100 Personen veröffentlicht, die zum großen Teil noch in Untersuchungshaft waren und nun vor weiteren gerichtlichen Maßnahmen in den Hausarrest entlassen wurden. Ihnen werden Taten zur Last gelegt, die zu keinen direkten Personenschäden geführt hatten und im engen Zusammenhang mit Protestaktionen standen.

Die Leiterin des Menschenrechtszentrums CENIDH, Vilma Nuñez, forderte nach diesen Entlassungen ebenso wie die Organisation Amerikanischer Staaten die „Freilassung aller politischen Gefangenen“, die im Zusammenhang mit den Protestaktionen inhaftiert wurden. Die Regierung vertritt hier die Position, dass Mord, Körperverletzung und Bedrohung keine Protestformen, sondern eindeutige Straftaten sind und als solche verfolgt werden müssen. Das Thema wird bei weiteren Dialogrunden eine wichtige Rolle spielen.

Von Rudi Kurz, amerika21